

Mindestsicherung für alle armutsgefährdeten Haushalte - Nicht-Inanspruchnahme von Sozialleistungen ist ein Problem und kein Erfolg

Bei öffentlichen Diskussionen über Sozialthemen drängt sich der Verdacht auf, dass sich die politischen Prioritäten gehörig verschoben haben: Statt soziale Gerechtigkeit zu schaffen, Inklusion zu verwirklichen und Armutsfallen zu beseitigen, stehen armutsbetroffene Menschen völlig ungerechtfertigt und pauschal am Pranger. Forderungen nach Reduktion von finanziellen Leistungen, Ausschluss für bestimmte Gruppen und ein grundsätzlich erschwerter Zugang ziehen sich durch Pressemeldungen und Berichte.

Norbert Kramer, VertretungsNetz - Sachwalterschaft

Die Statistik Austria präsentierte im Mai die EU-Silc Zahlen von 2016 über Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich. Weiterhin sind 1,5 Millionen oder 18 % der österreichischen Bevölkerung armuts- und ausgrenzungsgefährdet. Damit bleibt das Niveau unverändert hoch, wenn auch deutlich unter dem EU-Durchschnitt.

Die Detailauswertung zeigt, dass in Österreich rund 257.000 Menschen in manifester Armut leben müssen. Diese Daten sind noch nicht enorm hoch, weil Pensionen und verschiedene Sozialleistungen berücksichtigt werden und so die Einkommensarmut reduzieren. Ohne diese abfedernde Wirkung der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, steigt der Prozentsatz der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung laut Statistik Austria auf rund 45 %!

Oberösterreichs Daten sind im Jahr 2016 etwas besser als der Bundesdurchschnitt: Die Statistik weist 12 % der Wohnbevölkerung als armutsgefährdet aus. Aber schon beim Wert vor Pensionen und Sozialleistungen nähert sich das Bundesland mit 41 % Armutsgefährdung den Bundesdaten an. Wie weitreichend sich die aktuellen Kürzungen und Einsparungen in Oberösterreich auf den Anstieg der Armutsgefährdung aus-



© Norbert Kramer

wirken, kann noch nicht genau bestimmt werden.

„Armutslücke“

Die EU-Silc-Statistik weist laufend die sogenannte „Armutslücke“ aus. Dabei handelt es sich um einen Prozentsatz, der angibt, um wie viel das tatsächlich verfügbare Einkommen unter der Armutsschwelle liegt. Die Einkommensarmut wird an Hand des Nettoeinkommens ermittelt und bei 60% vom Median festgelegt. 2016 lag die Armutsschwelle für Alleinlebende bei EURO 1.185 pro Monat. Damit ergibt sich eine Armutslücke von 20 % der österreichischen Bevölkerung, die nochmals über der hohen Anzahl armutsgefährdeter Menschen liegt. Hier unterscheidet sich Oberösterreich nur geringfügig vom Bundestrend.

”

Ohne die abfedernde Wirkung der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, steigt der Prozentsatz der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung laut Statistik Austria auf rund 45 %

Hinter diesen oft komplizierten Berechnungsmethoden steckt der Versuch, das komplexe Phänomen von Ausgrenzung, Einkommensarmut und Armutsgefährdung für sozialpolitische Gegensteuerung besser nachvollziehbar zu machen. Und manch-

mal verwirren diese Daten, die in unterschiedlichen Varianten in der öffentlichen Diskussion - oft ohne erforderlichen, inhaltlichen Tiefgang - verwendet werden.

Vereinfacht gesprochen belegt die EU-Silc-Statistik, dass es in Österreich viel Armut gibt, die soziale Ausgrenzung vielfältig ist und wir noch weit von einer erfolgreichen Armutsbekämpfung entfernt sind. Es ist ein Beleg dafür, wie wichtig und erfolgreich Pensionssystem und die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen bei der Reduktion von Armut sind. Die statistische Kennzahl der „Armutslücke“ impliziert den Auftrag, die Lücke zum Median-Einkommen durch geeignete sozialstaatliche Maßnahmen zu schließen.

Mindestsicherung wird zu wenig in Anspruch genommen

Im Sommer gab es noch ein zweites Statistikpaket, das in den Medien kommentiert wurde: die Daten der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) im Jahr 2016. Da die österreichweite Steigerung mit 8 % gegenüber dem Vorjahr nicht so ganz zu der fast hysterischen Diskussion der vermuteten Unfinanzierbarkeit des letzten Jahres passten, wurden Einzelergebnisse - insbesondere der Anstieg in Wien und die Kostensteigerung - herausgegriffen. Im Jahr 2016 bezogen in Österreich 307.533 Personen BMS. Obwohl dies eine beachtliche Personenanzahl ist, sind dies doch nur 3,5 % der Bevölkerung. In Oberösterreich stellen die rund 20.000 BMS-BezieherInnen nur einen Anteil von 1,4 % der Bevölkerung dar.

Wenn nun die statistischen Daten von Armutsgefährdung und Mindestsicherung in Beziehung gesetzt werden, ergibt dies ein differenziertes Bild: Obwohl in Österreich zumindest 800.000 Menschen in Einkommensarmut leben (9 % der Bevölkerung) beziehen nur rund 300.000 Menschen BMS. Auch wenn diese beiden Gruppen, z.B. wegen der unterschiedlichen Vermögensberücksichtigung, nicht deckungsgleich sind, lässt sich ein deutliches Defizit notwendiger BMS-Unterstützungen ableiten.

Die Gruppe jener Personen, die trotz Erwerbsarbeit über kein ausreichendes Haushaltseinkommen verfügt und armutsgefährdet ist, wird von der Statistik Austria mit 313.000 Personen angegeben. Dies sind mehr Menschen, als überhaupt BMS beziehen! Der Großteil der BMS-BezieherInnen verfügt auch über ein anderes Einkommen - Erwerbsarbeit, Pension, Alimente, Arbeitslosen- oder Notstandshilfe -, das aber nicht fürs Überleben reicht und durch BMS ergänzt werden muss. Rund 10 % der BMS-BezieherInnen erhalten nur die BMS-Leistung, wobei meist eine dauerhafte Erkrankung oder Beeinträchtigung Ur-

”

In diesem Sinn muss ein neuer Anlauf für eine bundeseinheitliche bedarfsorientierte Mindestsicherung mit armutsvermeidendem Leistungsniveau dringend gestartet werden!

sache ist. Die Gruppe der Menschen mit Beeinträchtigungen wird in der Statistik als besonders armutsgefährdet identifiziert. Denn sie sind mehr als doppelt so häufig wie der Durchschnitt von manifester Armut, betroffen. Die aktuellen EU-Silc-Daten weisen über 200.000 armutsgefährdete Menschen aus, die stark durch eine Behinderung beeinträchtigt sind. Daher wundert es nicht, dass der relative

Anteil von Menschen mit Beeinträchtigungen in der BMS höher ist. Dies unterstützt auch die These, dass die BMS kein geeignetes sozialpolitisches Instrument zur materiellen Absicherung dieser Personengruppe ist und weitreichendere Anstrengungen notwendig sind.

Reduktion der Nicht-Inanspruchnahme als Ziel

Das Phänomen der Non-Take-Up-Rate in der Mindestsicherung ist bekannt, trotzdem wird hier kaum gegengesteuert. Sozialwissenschaftliche Studien gehen davon aus, dass mit mindestens 50 % Nicht-Inanspruchnahme gerechnet werden muss. Das Ziel, die Anzahl der BezieherInnen kräftig anzuheben oder gar zu verdoppeln, wäre eine Möglichkeit zur Reduktion der „Armutslücke“. Der Anteil der BMS-BezieherInnen an der Wohnbevölkerung variiert stark. Während dieser in Österreich im Durchschnitt 3,5 % beträgt, beziehen in Oberösterreich nur 1,4 % der Bevölkerung BMS. Da nicht angenommen werden kann, dass die Armutsgefährdung in Oberösterreich nur halb so groß ist, liegt die Vermutung nahe, dass eher die Nicht-Inanspruchnahme die geringe Quote hervorruft.

Um die Armutsgefährdung zu bekämpfen bedarf es eines ganzen Bündels an Maßnahmen, die von arbeitspolitischen Impulsen über Bildungsmaßnahmen bis hin zu barrierefreiem Leistungszugang reichen. Dieser sozialpolitische Diskurs ist auf allen Ebenen und in neuer Qualität zu führen. Denn sonst bleibt es dabei, dass oft die Armen und nicht die Armut bekämpft werden.

In diesem Sinn muss ein neuer Anlauf für eine bundeseinheitliche bedarfsorientierte Mindestsicherung mit armutsvermeidendem Leistungsniveau dringend gestartet werden!

Norbert Kramer

ist Bereichsleiter bei VertretungsNetz-Sachwalterschaft, Mitglied im Armutsnetzwerk OÖ und Teil der BMS-Monitoring-Gruppe der Armutskonferenz.

